



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/66 - 19.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zu den Mittwoch-Abstimmungen im Bundestag	S. 1
Lateinamerikanische Entwicklungen	S. 3
Steuergelder an die Korporationen ?	S. 4

## Armutzeugnisse der Koalition

(sp) Selten bot ein Tag in der dreieinhalbjährigen Geschichte des Deutschen Bundestages auf der Seite der Regierungskoalition ein so verworrenes Bild wie die Beratungen über Vertriebengesetz und Israel-Abkommen. Die Zersetzung ging bis in das Kabinett hinein. In dem einen entschied auf Seiten der Regierungskoalition der nackteste Besitzegoismus, in dem anderen waren es opportunistische Erwägungen. Diese Regierung und die sie tragende Koalition sind nicht mehr zu schöpferischem Handeln fähig.

Nach der 2. Lesung des Vertriebenen-Gesetzes vor 14 Tagen setzte Dr. Linus Kather seine Hoffnungen auf den damals in Rom weilenden Kanzler. Von ihm und seinem Einfluß erwarteten die Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition eine Aufhebung aller Verschlechterungen, die die "Grüne Front", d. h. die inoffizielle und interfraktionelle Gruppe der landwirtschaftlichen Interessenvertretung, mit knappen Mehrheiten gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Vertriebenen-Gesetzes durchgesetzt hat. Sie wurden enttäuscht. Trotz aller Bemühungen war es der Koalition in der Zwischenzeit nicht gelungen, die Unstimmigkeiten innerhalb ihrer Reihen zu beseitigen. Ermutigt durch den Erfolg der 2. Lesung brachte die "Grüne Front" neue Abänderungsanträge ein, die fast durchwegs die Billigung der Regierungsmehrheit, auch des Kanzlers, fanden. Mit einer einzigen Ausnahme: Bei dem vielumstrittenen § 36, der bei der Vergabe von Neusiedlerstellen die Berücksichtigung der Vertriebenen mindestens zur Hälfte vorsieht, hatte die "Grüne Front" eine neuerliche Verschlechterung beantragt, derzufolge die

Einheimischen bei der Vergabe der zweiten Hälfte mit den Vertriebenen gleichgestellt werden sollten.

Dieser Anschlag auf ein Kernstück des Vertriebenen-Gesetzes wurde mit sehr knapper Mehrheit abgelehnt und zu denen, die ihn ablehnten, gehörte auch der Kanzler, der hier wohl glaubte, sein Gesicht wahren zu müssen. Diese Niederlage der "Grünen Front" wurde allerdings wieder wettgemacht durch einen Passus, der die Möglichkeit, Land für eine Nutzung durch Flüchtlinge in Anspruch zu nehmen, wesentlich einschränkt.

Bei allen anderen Verschlechterungsanträgen stimmte der Bundeskanzler mit der "Grünen Front" gegen die Vertriebenen. Mit dem nun abgeänderten § 61 ist dem Gesetz der eigentliche Inhalt genommen, es beschränkt die Beanspruchung von Land und Gebäuden für siedlungswillige Vertriebene auf Grundstücke, die dem Bund oder den Ländern gehören. Kirchen- und Privatbesitz bleibt ausgenommen. Auch der Wegfall der steuerlichen Begünstigungen für in Betriebe von Einheimischen einheiratende Vertriebene fällt fort - eine entscheidende Verschlechterung im Vergleich zu der seit drei Jahren geübten Praxis. Alles in allem gibt das Gesetz in seiner nun von der Regierungsmehrheit gegen die Vertriebenen-Abgeordneten und der SPD durchgesetzten verwässerten Form keine ausreichende Möglichkeit mehr für eine auf die Erhaltung und Vermehrung der bäuerlichen Substanz zielende Siedlungspolitik für Ostvertriebene. In einer entscheidenden Notlage hat die Regierungsmehrheit versagt. Sie stellt, einschließlich des Kanzlers, die Erhaltung von Besitzinteressen über nationale Solidarität, die Zustimmung der großbäuerlichen Interessenverbände ist ihr lieber als die Befriedigung der dringendsten sozialen Vertriebenen-Anliegen.

x

Auch die Abstimmung über das Abkommen mit Israel gehört nicht zu den Ruhmesblättern der deutschen Nachkriegsgeschichte. 120 Abgeordnete des Bundestages stimmten dagegen oder enthielten sich der Stimme, darunter zwei Bundesminister, Dr. Schäffer und Dr. Seebohm. Nicht einmal der Kanzler brachte es fertig, das eigene Kabinett für den Vertrag zu gewinnen. Eine Regierungspartei, die FDP, hatte sogar die Geschmacklosigkeit, einen Redner vorzuschlecken, der Pg war und sogar der SS angehört haben soll. Der Bundestagspräsident Ehlers meinte, die Abstimmung bezeuge aller Welt, allen wegen ihrer politischen Gesinnung oder wegen ihrer Abstammung Verfolgten, daß auf die Dauer Gewalt und Terror der Gerechtigkeit unterliegen müssen. 120 Abgeordnete des deutschen Bundestages sind davon nicht überzeugt und was auch immer die Motive ihres Neins oder ihrer Stimmenthaltung sein mögen, bestehen bleibt doch die beschämende Tatsache, daß sie sich damit einem Akt der moralischen Selbstachtung versagt haben. Durch ihr bedingungsloses und in diesem Fall selbstverständliches Ja retteten die deutschen Sozialdemokraten die Ehre des deutschen Volkes - die Koalition war dazu nicht imstande.

+ + +

Lateinamerikanischer Mächteblock ?

Santiago, Mitte März

Argentinien und Chile, die beiden südlichsten Nachbarstaaten des amerikanischen Kontinents, erneuerten anlässlich des Besuchs des Generals Peron in der chilenischen Hauptstadt die Bande unverbrüchlicher Freundschaft und beschlossen den gegenseitigen Abbau der Zollschranken, sowie die Intensivierung der Handelsbeziehungen durch den Austausch von Kupfer, Salpeter und Stahl gegen Getreide, Fleisch und Öl. Das und nichts mehr besagt der Wortlaut der Abkommen, die in Santiago zwischen den Generalen Carlos Ibañez del Campo und Juan Domingo Peron unterzeichnet wurden.

Jedoch war der feierliche Staatsbesuch des argentinischen Führers von Umständen begleitet, die den rein wirtschaftlichen Aspekt des Abkommens übertreffen und ihm eine vorwiegend politische Bedeutung einräumen. Der peronistische Besuch fand statt unmittelbar vor den allgemeinen Parlamentswahlen in Chile. Von ihnen erhoffte sich der chilenische Präsident Ibañez die Mehrheit, die ihm bisher fehlte, um die entscheidenden Reformen durchzuführen, die er vor den Wahlen versprach. Ibañez selbst wurde Ende des vorigen Jahres von einem Konglomerat von Parteien gewählt, über die der 75jährige, ehemalige Diktator nur einen relativen Einfluß hatte. Der von einem riesigen Aufwand an Propaganda begleitete Besuch Perons verbreitete unter der chilenischen Wählerschaft das Gefühl der Unabwendbarkeit eines ibaenistischen Sieges und verschaffte den peronistischen Elementen in Chile starken Auftrieb. Der Peronismus hat in der Tat längst die argentinischen Landesgrenzen überschritten. Peron wird heute in Kreisen seiner Anhänger als der "Führer der lateinamerikanischen Arbeiterschaft" bezeichnet und von einer chilenischen Abgeordneten stammt das kühne Wort, daß die zweitausendjährige christliche Ära zu Ende gehe und das peronistische Zeitalter beginne.

Weitere Vorstöße in andere lateinamerikanische Länder sind dadurch erleichtert worden, daß es südlich der USA kaum noch demokratische Regierungen gibt. Außerdem hat eine nicht ungeschickt operierende fünfte Kolonne in vielen Ländern bereits Vorarbeit geleistet. Die von Peron offen aufgestellte Parole zur Schaffung eines lateinamerikanischen Mächteblocks findet daher überall Parteigänger. Aber er findet auch erbitterte Gegner. Brasilien beispielsweise, der größte südamerikanische Staat mit einer Fläche, die fast an die ganz Europas heranreicht,

wird die argentinischen Hegemoniepläne kühl aufnehmen.

Je weiter man auf der Landkarte nördlich geht, umso geringer wird im großen und ganzen der politische Einfluß Argentiniens, während in gleichen Maße der Einfluß der USA wächst. Außerdem verfolgt der kürzlich in Ecuador an die Macht gelangte Präsident Velasco Ibarra eigene Pläne, die auf die Bildung einer Föderation abzielen, die ihr Kraftzentrum am Karybischen Meer haben würde. Wie immer auch die Pläne Perons gedeihen mögen, die politische Bühne Lateinamerikas zeigt ein bewegtes Bild und die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, daß selbst dieser Erdenwinkel hineingezogen wird in den Strudel der Weltereignisse, die nach einer Klärung verlangen.

+ + +

#### Steuergelder an die Korporationen ?

H.W. Es ist erst einige Tage her, seit das Bundesministerium des Innern allen Mitgliedern des Kuratoriums für Jugendfragen, des beratenden Gremiums für alle Bundesjugendplan-Angelegenheiten, ohne jeden weiteren Hinweis oder Kommentar eine dicke Denkschrift übersandte. In ihr haben sich alle wesentlichen studentischen Korporationen in Artikeln verewigt, die ganz offensichtlich bezwecken, die studentischen Korporationen im Lichte der staatsbürgerlichen Erziehung salonfähig zu machen. Man liest da etwas von sehr demokratischen Satzungen, ohne daß diese im einzelnen zitiert sind, man muß zu seiner Überraschung feststellen, daß vom Mensuren schlagen überhaupt keine Rede ist und auch die unschöne Absicht, einen gesonderten Ehrenkodex für Studenten wieder herzustellen, in keiner Weise erwähnt wird. Lediglich ein kleiner Hinweis besagt sinngemäß, daß die studentischen Korporationen sich auch einmal mit jungen Menschen "anderer Gesellschaftsschichten" treffen sollten, um sich im Sinne staatsbürgerlicher Erziehung darauf vorzubereiten, einmal die Führung unseres Volkes übernehmen zu können. Und dann kommt in allen Artikeln das dicke Ende, d.h. die Feststellung, wie sehr doch ihre Arbeit in die Richtlinien des Bundesjugendplanes passe und wie sehr sie deshalb durch öffentliche Steuergelder gefördert werden müßten.

Die vom Innenministerium versandte Denkschrift trifft mitten in die Vorbereitungen für den vierten Bundesjugendplan hinein, und es ist völlig klar, daß hier die Absicht des Bundesinnenministeriums deutlich wird, die Korporationen mit in die Förderungsmaßnahmen des Bundesjugendplanes einzubeziehen. Die demokratischen Studentenorganisationen haben

inzwischen ein Gremium gebildet, um unter sich die Frage der Verteilung der ihnen zugedachten Mittel vorzuberaten. Glücklicherweise unterließen sie es, die Korporationen bereits in den von ihnen aufzustellenden Verteilungsschlüssel einzubeziehen, allordings leider ohne deutlich zu sagen, daß sie sich den Ansprüchen der Korporationen entgegenstellen würden. Wie wir hoffen, wird die Behandlung dieser Frage im Kreise der demokratischen Jugendverbände und auch im Ring politischer Jugend ein schärferes Echo finden. Die Korporationen erklären immer dann, wenn man ihnen Vorwürfe wegen undemokratischer Satzungsparagraphen, wegen ihres auch vom Bundespräsidenten Heuß verurteilten Mensurenenschlagens, wegen antisemitischer Äußerungen oder wegen völlig veralteter Vorstellungen bezüglich ihrer Stellung im gesellschaftlichen Leben macht, daß es sich um Einzelfälle, um Einzeläußerungen handle, die Korporationen als solche aber gut demokratisch seien. Aber die Fülle der Einzelfälle beweist eindeutig, daß die Grundtendenz der Korporationen rückschrittlich ist. Die Unterstützungsmaßnahmen des Bundesjugendplanes sollten sich mehr als bisher auf die Förderung des wirklich demokratischen studentischen Lebens konzentrieren.

Noch ein Hinweis ist in diesem Zusammenhang notwendig: Der Bundesinnenminister ist bekanntlich sehr daran interessiert, die Studenten zur Mitwirkung bei seinem Technischen Hilfswerk heranzuziehen. Vom VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) hat er bisher eine ziemlich klare Absage erhalten. Der VDS erkennt zwar die Notwendigkeit eines Katastrophenschutzes an, aber er sieht sich nicht in der Lage, die Studenten zur Mitwirkung am THW aufzufordern, solange nicht eine gemeinsam anerkannte Formulierung besonders mit dem DGB über die Notstandsklausel des THW erreicht worden ist. Bei den Korporationen sieht das wohl etwas anders aus. Sie stehen nach ihrer ganzen Geisteshaltung Dr. Lehr sehr viel näher und sind wohl auch eher bereit, bei dem Technischen Hilfswerk in seiner heutigen Form, die eine große Gefahr besonders für die Arbeiterschaft darstellt, mitzuwirken. Und uns scheint, sie wollen mit ihrer Mitwirkung ein kleines Geschäftchen verbinden. Steckt hinter der Versendung der Denkschriften über die Korporationen durch das Bundesinnenministerium die Absicht, auf dieses Geschäft einzugehen? Wollen die Korporationen für ihre Beteiligung am THW die Beteiligung am Bundesjugendplan einhandeln? - Solche Absichten würden jedenfalls auf den entschlossenen Widerstand der demokratischen Jugend- und Studentenvertretungen stoßen.

---

Verantwortlich: Peter Raunau